

Tarifabschluss Länder: 5,8 Prozent mehr Gehalt bis 2028

geschrieben von Redakteur | Februar 15, 2026



Einigung zwischen Gewerkschaften und TdL bringt Entgeltplus in drei Stufen sowie höhere Zulagen für Schichtarbeit

Der neue Tarifabschluss im öffentlichen Dienst der Länder steht: Die Beschäftigten erhalten **5,8 Prozent mehr Gehalt in drei Schritten**. Darauf haben sich die Gewerkschaften und die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) in Potsdam verständigt. Die Laufzeit des Tarifvertrags beträgt 27 Monate.

Gehaltserhöhung in drei Stufen

Konkret steigen die Entgelte zum 1. April 2026 um 2,8 Prozent, mindestens jedoch um 100 Euro monatlich. Zum 1. März 2027 folgt eine weitere Erhöhung um 2,0 Prozent. Der dritte Schritt bringt zum 1. Januar 2028 nochmals 1,0 Prozent mehr Gehalt.

Neben der linearen Gehaltserhöhung sieht der Tarifabschluss strukturelle Verbesserungen vor. Dazu gehören höhere Zulagen für Beschäftigte im Schicht- und Wechselschichtdienst. Diese können künftig auf bis zu 250 Euro steigen. Auch Nachwuchskräfte profitieren: Die Ausbildungsentgelte werden insgesamt um 150 Euro angehoben.

Mit dem Abschluss orientieren sich die Länder am jüngsten Tarifabschluss im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen und sichern damit den Anschluss an die allgemeine Entgeltentwicklung im öffentlichen Dienst.

GEW: Anschluss gesichert, aber Kritik an fehlender Tarifierung

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) spricht von einem schwierigen, aber notwendigen Kompromiss.

„Dieser Kompromiss ist nach sehr schwierigen Verhandlungen zustande gekommen. Mit der Einigung halten die Länder-Beschäftigten Anschluss an die Entwicklung in Bund und Kommunen“, erklärte die GEW-Vorsitzende Maike Finnern.

Kritisch bewertet die Gewerkschaft jedoch, dass die Arbeitgeber eine Tarifierung der studentischen Beschäftigten weiterhin ablehnen. „Es ist sehr enttäuschend, dass sich die Arbeitgeber nicht bewegen wollten. Sie verwehren damit 300.000 studentischen Beschäftigten den Schutz eines Tarifvertrages. Die Erhöhung der Mindest-Stundensätze um Cent-Beträge ist nicht ausreichend, zudem sind diese nicht individuell einklagbar“, so Finnern.

TdL: „Langfristig tragfähiger Kompromiss“

Die Arbeitgeberseite sieht im Tarifabschluss ein ausgewogenes

und finanzierbares Ergebnis. Der TdL-Vorsitzende und Hamburger Finanzsenator Andreas Dressel erklärte:

„Wenn man sich die Ausgangslage mit leeren Kassen in den Ländern und überhöhten Forderungen der Gewerkschaften vor Augen führt, ist das ein gut vertretbarer Kompromiss, der zeigt, dass wir als Tarifpartner gesamtstaatliche Verantwortung übernehmen.“

Der Abschluss biete Planungssicherheit für die Länderhaushalte in den kommenden 27 Monaten und berücksichtige mit drei Erhöhungsschritten in drei Haushaltsjahren die angespannte Finanzlage der Bundesländer. Gleichzeitig sei das Paket für Beschäftigte attraktiv, da sie bereits ab April 2026 spürbar mehr Geld erhielten.

Dressel betonte zudem, dass angesichts der Haushaltslage kein zusätzlicher Urlaubstag – wie zuletzt im TVöD vereinbart – Bestandteil des Abschlusses sei. Der Tarifvertrag gehe „an die Grenzen des finanziell Machbaren“.

Kosten von mehr als zwölf Milliarden Euro

Die Einigung verursacht erhebliche Mehrkosten. Allein im Tarifbereich belaufen sich diese auf rund 4,11 Milliarden Euro. Einschließlich der Übertragung auf Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger entstehen Gesamtkosten von rund 12,34 Milliarden Euro.

Mit dem Tarifabschluss im öffentlichen Dienst der Länder erhalten die Beschäftigten planbare Gehaltssteigerungen bis 2028. Gleichzeitig bleibt die finanzielle Belastung für die Länderhaushalte ein zentrales Thema künftiger Tarifrunden.

Quellen: Pressemitteilungen der GEW und der TdL